

**Beschlussempfehlung
an die Stadtverordnetenversammlung**

16. August 2017
1 von 2

**Hessische Arbeitsmarktförderung -
Umsetzung des Ausbildungs- und Qualifizierungsbudgets 2017**

Vorlage des Magistrats
- 101.18.599 -

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Hartig

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Stadt Kassel beteiligt sich an der Umsetzung des Ausbildungs- und Qualifizierungsbudgets 2017 (AQB) des Landes Hessen.
2. Mit dem Ausbildungs- und Qualifizierungsbudget 2017 werden
 - Zwölf Ausbildungsplätze, davon vier Plätze mit ausbildungsbegleitendem Coaching, Schwerpunkt Alleinerziehende,
 - 135 Berufsvorbereitungsplätze, davon 60 Plätze für benachteiligte junge Flüchtlinge, die mit besonderem Förderbedarf in InteA-Klassen gefördert werden, 50 Plätze für junge Menschen mit Migrationshintergrund, die in zweiter bzw. dritter Generation in Kassel leben, 10 Plätze „Fit für Ausbildung“ und 15 Plätze für Alleinerziehende zur Vorbereitung einer Teilzeitausbildung,
 - 240 Plätze für Flüchtlinge im Asylverfahren, davon 40 Plätze in einem Projekt „Berufsvorbereitung / Basisqualifizierung im niedrighschwelligen Dienstleistungsbereich“ (BonD III) sowie 200 Sprachkursplätze zur langfristigen Integration in Arbeit bzw. Ausbildung im ersten Arbeitsmarkt neu geschaffen bzw. weitergeführt und finanziell unterstützt.
3. Das Sozialamt wird mit der Steuerung und Verwaltung der Budgetumsetzung beauftragt.
4. Das Personal- und Organisationsamt wird ermächtigt das für die Projektumsetzung erforderliche Personal u.a. im Teilprojekt „Berufsvorbereitende Integrationsmaßnahme für Migrantinnen und Migranten der zweiten und dritten Generation (InMigra)“ im Umfang von 1,3 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) für die Abteilung Kinder- und Jugendförderung des Jugendamtes, Sachgebiet Übergangsmanagement und schulbezogene Sozialarbeit einzustellen bzw. die Arbeitszeit von Beschäftigten der Abteilung Kinder- und Jugendförderung entsprechend zu erhöhen.

5. Die Stadt Kassel übernimmt die Kofinanzierung der Ausbildungsplätze, der Personalkosten für die Projektsteuerung, Anleitung und sozialpädagogische Begleitung, soweit sie nicht durch Dritte oder durch Eigenmittel der Träger / Kooperationspartner sichergestellt wird.

Die erforderlichen Haushaltsmittel stehen im Haushaltsplan 2017 für das Haushaltsjahr 2017 zur Verfügung. Die voraussichtlichen Projektaufwendungen für die Haushaltsjahre 2018 bis 2021 wurden bei der Haushaltsplanung für 2018 und bei der mittelfristigen Finanzplanung für 2019 bis 2021 berücksichtigt.“

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: AfD

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Hessische Arbeitsmarktförderung - Umsetzung des Ausbildungs- und Qualifizierungsbudgets 2017, 101.18.599, wird **zugestimmt.**

Petra Friedrich
Vorsitzende

Cenk Yildiz
Schriftführer